

## Beschluss

### **Landarzt Offensive der Landesregierung**

I. Der Landtag stellt fest:

Die ambulante ärztliche Versorgung in Rheinland-Pfalz ist derzeit flächendeckend gewährleistet. Gleichwohl ist festzustellen, dass Nachbesetzungen – insbesondere von Hausarztstellen in ländlichen Regionen – zunehmend schwieriger werden, da in den kommenden Jahren viele Hausärztinnen und Hausärzte altersbedingt aus der Versorgung ausscheiden und gleichzeitig zu wenige junge Ärztinnen und Ärzte in die hausärztliche Versorgung nachrücken.

Trotz der auf Bundes- und Landesebene ergriffenen vielfältigen Maßnahmen sind daher Versorgungslücken im ländlichen Raum für die Zukunft nicht auszuschließen. Es bedarf daher großer gemeinsamer Anstrengungen auf allen Ebenen, junge Menschen von den vielen positiven Seiten des Hausarztberufs zu überzeugen und Ärztinnen und Ärzte möglichst auch für eine Tätigkeit im ländlichen Raum zu gewinnen.

II. Der Landtag begrüßt,

- dass die Landesregierung im Wege der sogenannte „Landarzt-Offensive“ ein Bündel an Maßnahmen treffen wird, um angehende Ärztinnen und Ärzte für eine Tätigkeit in ländlichen Regionen zu gewinnen;
- dass die Landesregierung die Einführung einer Landarztquote noch in dieser Legislaturperiode erarbeitet;
- dass die Landesregierung plant, die Zahl der Medizinstudienplätze an der Universitätsmedizin Mainz weiter zu erhöhen;
- dass die Landesregierung im Auswahlverfahren bezüglich der Landarztquote neben der Abiturnote andere, für die ärztliche Tätigkeit wichtige Faktoren berücksichtigen wird und so auch Bewerberinnen und Bewerber ohne Spitzenabitur der Zugang zu einem Medizin-Studienplatz geebnet wird;
- dass die Landesregierung in Zusammenarbeit mit der Universitätsmedizin mit der Regionalisierung die Weiterentwicklung des Medizinstudiums vorantreibt und Impulse zur medizinischen Nachwuchsgewinnung auch außerhalb der Region Mainz verstärkt.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- die Maßnahmen der Landarzt-Offensive möglichst zeitnah umzusetzen, um angesichts der langen Dauer der ärztlichen Aus- und Weiterbildung eine möglichst frühe Wirkung zu erzielen;
- zeitnah die gesetzlichen Grundlagen für die Einführung einer Landarztquote zu erarbeiten.

-----

Vorstehender Beschluss wurde vom Landtag in seiner 71. Sitzung am 13. Dezember 2018 gefasst.

Hendrik Hering  
Präsident des Landtags